

FAZ M: 19.1.05

Argentinien schlägt zurück Nr. 15 S. 23

Wie der zahlungsunfähige Staat einem Gläubiger wegen 75 Euro mit Zwangsvollstreckung droht

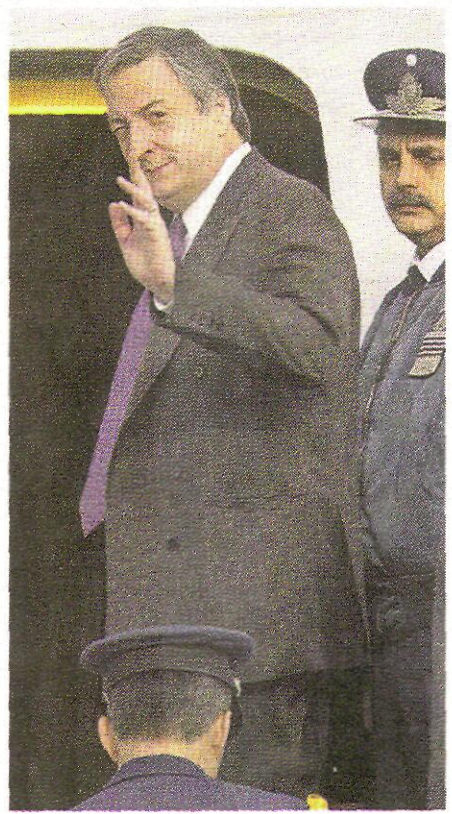
ruh. FRANKFURT, 18. Januar. Der argentinische Staat ist im Umgang mit seinen Gläubigern nicht zimperlich. Seit gut drei Jahren bedient der südamerikanische Staat seine Schulden nicht mehr. Nun dreht Argentinien den Spieß sogar um. Rolf Koch, ein betroffener Privatanleger und Vertreter der Gläubigergemeinschaft Abdreco, soll 75 Euro bezahlen. Andernfalls droht ihm die Zwangsvollstreckung.

Darauf wird es Koch wohl ankommen lassen. Wie Tausende anderer Privatanleger wartet er seit Jahren auf sein Geld. Betroffen sind Anleihen im Nennwert von rund 100 Milliarden Euro und die darauf fälligen Zinsen. Argentinien hat nun ein Umtauschangebot unterbreitet, das nur etwa 30 Prozent des Nennwerts bietet und zugleich den Verzicht auf rückständige Zinsen beinhaltet. Im Vergleich zu anderen Staaten, die in der Vergangenheit umschulden mußten, handelt es sich um das mit Abstand schlechteste Angebot – zumindest der letzten Jahrzehnte. Unter den privaten Gläubigern hat das Zorn und Ablehnung ausgelöst.

Die Einforderung der 75 Euro wird von den Gläubigern deshalb als Lachnummer empfunden. Koch hat bereits eine Reihe von Klagen gegen Argentinien angestrengt, um an sein Geld zu kommen. Eine Feststellungsklage über Details der Verjährungsfristen ging kürzlich verloren. Argentinien wurde dabei von zwei Anwälten der Kanzlei Cleary Gottlieb vertreten sowie von dem Frankfurter Rechtsanwalt Strba. Die Anwaltskosten von 75 Euro bürokratisierte das Frankfurter Amtsgericht dem Kläger auf. Argentinien braucht verständlicherweise jeden Euro und will das Geld von Koch zurück. Für die Überweisung hat er noch bis zum 24. Januar Zeit, andernfalls werden, so schreibt Rechts-

anwalt Strba, ohne weitere Ankündigung Zwangsvollstreckungsmaßnahmen eingeleitet. In den Internetforen der geschädigten Anleger wird schon phantasiert, ob der Gerichtsvollzieher nun Kochs Radiowecker pfändet. Ein Teilnehmer hat bereits Ersatz versprochen, falls es soweit kommen sollte.

Der argentinische Präsident Nestor Kirchner mußte schon einen weitaus



Kirchner vor seinem Jet

Foto AFP

schmerzlicheren Verlust fürchten. Im Oktober vergangenen Jahres sagte er einen Staatsbesuch in Deutschland ab, weil eine Pfändung der Präsidentenmaschine drohte. Die verlangte „hundertprozentige Garantie“ konnte und wollte die Bundesregierung damals nicht geben. Auch um andere Vermögenswerte muß Argentinien fürchten. So ist zum Beispiel das Botschaftsgebäude in Bonn längst mit einer Arresthypothek belegt. Es kann weder verkauft noch beliehen werden. Die Gläubiger hoffen auf eine Zwangsvollstreckung.

Unterdessen wirbt Argentinien in diesen Tagen auf einer sogenannten Roadshow für die Annahme des Umschuldungsangebots. Roadshows sind eine Erfindung von Investmentbanken, um neue Wertpapiere zu verkaufen. Genau das tut Argentinien auch, wobei die neuen Anleihen nicht mit Geld, sondern mit den alten, vermeintlich wertlosen Anleihen bezahlt werden, die Argentinien seit drei Jahren nicht mehr bedient.

Anders als bei üblichen Roadshows ist der Umgangston der Argentinier allerdings alles andere als werbend, berichten die Vertreter der Gläubigervereinigung Abdreco. Bei ihrem Besuch in Frankfurt seien die argentinischen Regierungsvertreter nicht bereit gewesen, auf Detailfragen zum 364 Seiten umfassenden Tauschangebot einzugehen, zum Beispiel über den Sinn des Treuhandfonds, über den künftige Zahlungen laufen sollen. Sie hätten sich außerdem geweigert, zu erläutern, warum Argentinien trotz des kräftigen Wirtschaftswachstums nicht mehr Geld anbiete. Ihre einzige Botschaft sei gewesen: Argentinien sei ein armes Land und könne nicht mehr zahlen; ein verbessertes Angebot werde es deshalb nicht geben.